Neuß-Grevenbroicher Zeitung

Größte und meistverbreitete Zeitung der Kreise Neuß und Grevenbroich

Telephon Nr. 55.

Die Neuß-Grevenbroicher Zeitung erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage. Als Gratisbeigaben täglich das Unterhaltungsblatt „Der Hausfreund", wöchentlich die landwirtschaftliche Beilage „Rhein Bauernfreund" und das St. Quirinusblatt. — Preis pro Quartal in Neuß durch Boten in's Haus gebracht, auswärts an der Post abgeholt M. 1.50. Das Illustrierte Sonntagsblatt wird den Abonnenten gegen einen Mehrbetrag von 15 Pfg. pro Quartal beigegeben. — Die Zeitung kann auch pro Monat à 50 Pfg. abonniert werden. —

Inserate finden durch die Neuß-Grevenbroicher Zeitung die weiteste Verbreitung und haben bei dem kaufkräftigen Lesepublikum unseres Blattes die beste Wirkung. Preis für die neungespaltene Zeile oder deren Raum 15 Pfg., außerhalb der Kreise Neuß u. Grevenbroich 20 Pfg., für die viergespaltene Reklamezeile 70 Pfg. Anzeigen erbeten an die Expedition bis 6½ Uhr abends für die Nummer des folgenden Tages. Annoncen-Annahme durch alle bewährten Annoncen-Expeditionen. Expedition: Neuß, Niederstraße 46.

Nr. 221. | Redaktion Jos. Grunau. | Donnerstag, 24. April 1913. (Albert, Fidelis v. S.) | Rotationsdruck und Verlag der Gesellschaft für Buchdruckerei, Neuß. | 40. Jahrgang.

Deutscher Reichstag.

Sitzungsbericht aus dem Reichstage.

147. Sitzung vom 23. April.

Am Tische des Bundesrats: v. Heeringen.

Präsident Dr. **Kämpf** eröffnet die Sitzung um 2 Uhr 15 Minuten.

Der Militäretat.

6. Tag.

Die Beratung wird fortgesetzt bei dem Kapitel Festungswesen.

Abg. **Hofrichter** (Soz.): In den Festungsstädten sind die Wohnungsverhältnisse miserabel. Auch die sanitären Verhältnisse sind ganz unhaltbar. Trotzdem hat man Köln bei der Neuanlage von Festungswerken wieder durch Wälle und Gräben eingeschnürt.

Abg. **Trimborn** (Ctr.) wird bei Betreten der Tribüne mit Heiterkeit begrüßt: Ich freue mich, daß Sie für das eigentümliche meiner Situation, daß ich hier für meinen alten Wahlkreis spreche, volles Verständnis habe. Es ist nicht richtig, daß in Köln dieses Verhältnis besonders schlecht sei. Es ist sehr bedauerlich, daß die Bemühungen der Stadt Köln, die Vorortbahn zu verlängern, an dem Widerstand der Militärbehörden gescheitert ist. Ich bin ja Stadtverordneter von Köln, was der Herr Vorredner nicht ist, und deshalb bin ich wohl in gewissem Sinne legitimiert, hier darüber zu sprechen. (Heiterkeit.) Die Stadt leidet unter tausend Beschwerden. Die Luftschiffahrt ist so gut wie untersagt. Photographische Apparate dürfen nicht mitgenommen werden. Auch als der Verein für Luftschiffahrt harmlose Aufnahmen aus der Vogelschau machen wollte, ist das verboten worden. Gerade also auf dem zukunftsreichen Gebiete der Luftschiffahrt werden wir gehemmt.

Generalleutnant Wandel: Die Militärverwaltung ist so entgegenkommend wie möglich. Wir müssen aber im militärischen Interesse gewisse Forderungen stellen und das Rayongesetz einhalten. Auch das Kleinbahngesetz muß genau beobachtet werden. Die Festungsstädte sind in mancher Hinsicht benachteiligt, sie haben aber auch unbestreitbare Vorteile durch die Förderung von Handel und Verkehr. Beim Flugwesen müssen wir ein gewisses Veto einlegen, und zwar ebenfalls im militärischen Interesse.

Abg. **Weinhausen** (Vp.) bittet um Milderung der Rayonbestimmungen in Danzig.

Generalleutnant Wandel: Danzig hat nach wie vor eine erhebliche Bedeutung als Festung. Die Einzelübertretungen sind nicht so gefährlich, wenn sie sich aber häufen, so wird die Verteidigungsfähigkeit der Festung im höchsten Maße gefährdet. Seit 1909 wird streng nach dem Rayongesetz verfahren.

Abg. Dr. **Weill** (Soz.) weist darauf hin, daß die Militärverwaltung an das süddeutsche Zementsyndikat um 80 Mark pro Wagen mehr zahlt als das gleiche Quantum kostet, wenn es nach Frankreich geliefert wird. (Hört, hört!)

Abg. **Trimborn** (Ctr.) verlangt Besserstellung der Fortifikationsschreiber.

Abg. **Behrens** (wirtsch. Vgg.) wendet sich gegen die Heranziehung ausländischer Arbeiter bei den Festungsbauten.

Generalleutnant Wandel: Es ist leider kaum möglich, die Arbeiten nur mit inländischen Arbeitern auszuführen.

Im Laufe der weiteren Beratung übergibt Staatssekretär Dr. **Delbrück** dem Vizepräsidenten Dr. Paasche ein Schriftstück, das dieser verliest. Danach werden die Forderungen zum Erwerb eines Grundstückes in der Viktoriastraße für das Militärkabinett zurückgezogen. — Die Verlesung dieses Schriftstücks wird lautlos entgegengenommen.

Bei den Entschädigungen im Bereich der Militärverwaltung bringt

Abg. Dr. **Liebknecht** (Soz.) einen Fall Arnold in Potsdam zur Sprache. Dort ist einem Molkereibesitzer, der an mehrere Garderegimenter Milch lieferte, diese Lieferung entzogen worden, weil er seinen Garten zu einer sozialdemokratischen Versammlung hergegeben hatte. Arnold übertrug das Geschäft auf seinen Sohn; aber auch dieser erhielt die Milchlieferungen nicht wieder.

Generalleutnant Staabs: Die Militärbehörden haben ihre alten Milchlieferanten beibehalten, weil ihnen das vorteilhafter erschien; eine Boykottierung liegt also nicht vor. Der Kommandeur des 1. Garderegiments hat allerdings Arnold das Betreten des Kasernenhofes verboten. Dazu war er berechtigt.

Abg. Dr. **Liebknecht** (Soz.): Das ist ein gesetzwidriges Verfahren gegenüber den Bürgern.

Kriegsminister v. Heeringen: Das weise ich entschieden zurück. Der Kommandeur hat aus Gründen der Disziplin das Verbot erlassen.

Vizepräsident Dr. Paasche: Wenn Dr. Liebknecht von einem gesetzwidrigen Verfahren der Militärverwaltung gesprochen hat, so würde ich ihn nachträglich zur Ordnung rufen.

Abg. Dr. **Liebknecht** (Soz.): Die Militärverwaltung übt bewußt Terrorismus aus. Das ist ein gutes Agitationsmittel für uns. (Zuruf rechts: Sie boykottieren ja selbst!)

Damit ist dieser Zwischenfall erledigt.

Die **Ostmarkenzulage** wird gegen die Rechte, die Nationalliberalen und die Volkspartei abgelehnt.

Für die Umwehrung des Exerzierplatzes vor dem Schönhauser Tor in Berlin werden 147 000 Mark gefordert.

Abg. **Davidsohn** (Soz.) beantragt die Streichung dieser Forderung.

Generalleutnant Staabs: Der Platz ist für das Alexanderregiment unentbehrlich.

Vizepräsident Dr. Paasche ruft den Abg. Dr. Liebknecht wegen seiner Aeußerung gegen die Militärverwaltung nachträglich zur Ordnung.

Der sozialdemokratische Antrag wird abgelehnt.

Auf Anregung der Abgg. v. **Belzer** (Ctr.) und **Diez** (Ctr.) erwidert

Generalleutnant Staabs, daß die Ankäufe des Proviantamtes direkt von den Produzenten möglichst gefördert werden sollen.

Die Rüstungslieferungen.

Die Budgetkommission beantragt, zur Prüfung der gesamten Rüstungslieferungen für Reichsheer und Marine eine Kommission einzuberufen, zu der vom Reichstage zu wählende Mitglieder des Reichstages und Sachverständige zuzuziehen sind.

Abg. **Ledebour** (Soz.) beantragt, dieser Kommission 21 Mitglieder zu geben und ihr das Recht zu gewähren, zeugeneidlich zu vernehmen.

Kriegsminister v. Heeringen weist die Angriffe auf die Heeresverwaltung entschieden zurück.

Staatssekretär Dr. Delbrück: Die Einsetzung einer solchen Kommission findet in der Reichsverfassung keine Grundlage. Eine Kommission nach dem Antrage der Budgetkommission würde zwar eine Mitschuld der Regierung nicht feststellen, da eine solche nicht vorhanden ist. Der Reichskanzler ist bereit, eine Kommission zu bilden, die aus Vertretern der beteiligten Ressorts und aus geeigneten Sachverständigen der Reichstagsmitglieder besteht.

Abg. **Graf Westarp** (kons.) lehnt die Kommission aus verfassungsmäßigen Gründen ab.

Abg. **Erzberger** (Ctr.) wendet sich gegen den Grafen Westarp. Verfassungsmäßige Bedenken liegen nicht vor, nachdem der Bundesrat schon im Jahre 1905 einer wörtlich gleichlautenden Resolution zugestimmt hat. Mit dem Antrage der Budgetkommission werden wir praktische Arbeit leisten.

Abg. Dr. **Paasche** (ntl.) schließt sich dem Vorredner an.

Abg. Dr. **Müller-Meiningen** (Vp.): Die Hauptsache ist und bleibt, daß die Kommission vor allem das Vertrauen der ganzen Bevölkerung genießt.

Nach kurzer weiterer Debatte lehnt das Haus gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, der Volkspartei, der Dänen und der Elsässer den sozialdemokratischen Antrag ab und nimmt dann den Antrag der Budgetkommission an.

Der Rest der Etats wird dann erledigt.

Donnerstag 2 Uhr: Etatreste.

Schluß 8 Uhr.

Preußischer Landtag.

Sitzungsbericht aus dem Abgeordnetenhause.

173. Sitzung vom 23. April.

Am Ministertisch: v. Schorlemer.

Präsident Graf **Schwerin** eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 15 Minuten.

Die Ostmarkenvorlage.

Dritte Lesung.

Abg. **Graf Praschma** (Ctr.) bespricht den Verkauf der Domäne Kotowiecko im Kreise Pleschen an Herrn v. Leckow. Wir lehnen die Vorlage ab.

Landwirtschaftsminister Freiherr **v. Schorlemer**: Weder in den Akten noch sonst irgendwo findet sich ein Anhalt dafür, daß die Eigenschaft des Herrn von Leckow als Kammerherr auf den Abschluß des Vertrages eingewirkt hat.

Abg. **Korfanty** (Pole): Die Domäne ist zu billig verkauft worden. Herrn von Leckow sind dabei 100 000 Mark geradezu geschenkt worden. Die gestern hier erhobenen Angriffe weise ich zurück. Ein feierliches Königswort hat uns Schonung unserer nationalen Eigenart versprochen. Friedrich der Zweite hat uns Polen beschimpft und verleumdet. (Der **Präsident** ruft den Redner zur Ordnung.) Auch die späteren Könige haben ihre Versprechungen nicht gehalten. Wenn Sie in unseren Gebieten Schulen, Eisenbahnen usw. bauen, so geschieht das zu politischen und militärischen Zwecken, nicht für uns Polen; das ist eine Schande für Preußen. (Der Redner erhält den zweiten Ordnungsruf.)

Abg. **Winckler** (kons.): Nur ein kurzes Wort des Protestes gegen diese Rede, vor allen Dingen gegen die Verunglimpfung Friedrichs des Großen. Wenn die Polen wieder einmal sich als loyale Untertanen aufspielen, werden wir auf diese Rede zurückgreifen. (Beifall und Unruhe.)

Ein Schlußantrag wird angenommen. Der polnische Antrag auf namentliche Abstimmung findet nicht genügend Unterstützung. Darauf wird die Vorlage in dritter Lesung in einfacher Abstimmung verabschiedet.

Es folgt die Fortsetzung der zweiten Beratung des Gesetzentwurfes betreffend Abänderung der

rheinischen Zusammenlegungs- und Gemeinheitsteilungsgesetze.

Abg. **Weißermel** (kons.) befürwortet den Antrag v. Pappenheim, der die Beschränkung des Gesetzes auf die Rheinprovinz, die von der Kommission beseitigt war, wiederherstellen will.

Minister Freiherr **v. Schorlemer**: Diese Vorlage will die Zusammenlegung in der Rheinprovinz erleichtern durch Aenderung der gegenwärtig geltenden Bestimmungen und gleichzeitig den Schutz gegen Hochwasser durch Aufforstungen erleichtern. Eine Ausdehnung des Gesetzes auf die ganze Monarchie halte ich zurzeit nicht für zweckmäßig. Darum bitte ich, den Antrag v. Pappenheim anzunehmen. Mit den sonstigen Aenderungen der Kommission bin ich einverstanden. Die Anträge Stupp sind für uns unannehmbar.

Abg. **Stupp** (Ctr.) zieht seine Anträge zurück.

Abg. Freiherr **v. Loe** (Ctr.): Die Zusammenlegung dient besonders den Interessen des kleineren und mittleren Grundbesitzes. Wir stimmen der Vorlage in der Kommissionsfassung zu.

Abg. **Glatzel** (nationall.): Wir hätten eine Ausdehnung des Gesetzes auf die ganze Monarchie gewünscht, werden aber, um die Vorlage nicht zu gefährden, dem Antrage v. Pappenheim nicht widersprechen.

Abg. Dr. **Fleisch** (Vp.): Wir wollen das Gesetz auf die ganze Monarchie ausdehnen und lehnen den Antrag v. Pappenheim ab.

Nach weiterer kurzer Debatte wird der Antrag v. Pappenheim angenommen; das Gesetz bleibt also auf die Rheinprovinz beschränkt. Im übrigen wird den Kommissionsbeschlüssen zugestimmt. Auch in dritter Lesung wird sodann der Gesetzentwurf nach den Beschlüssen zweiter Lesung angenommen.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfes betreffend die Bereitstellung von Staatsmitteln (25 Millionen) zur

Förderung der Landeskultur und der inneren Kolonisation.

Die Kommission beantragt unveränderte Annahme und ersucht um Zustimmung zu einer Resolution, die eine weitere kräftige und planmäßige Förderung der inneren Kolonisation verlangt. Als Mittel dazu werden vorgeschlagen: Beseitigung rechtlicher Hemmnisse (Baupolizei, Ansiedlungsrecht, Armen- und Schullasten), Hypothekenrecht, staatliche Unterstützung für kommunale Ansiedlungen, für die Urbarmachung privaten Oedlandes und dergleichen mehr. Die Fortschrittliche Volkspartei beantragt, statt 25 Millionen 115 Millionen zu bewilligen.

Abg. Freiherr **v. Marenholtz** (kons.): Unsere Befürchtung, daß die Moorkultivierung der Landwirtschaft viele Kräfte entziehen wird, ist durch die Mitteilung entkräftet worden, daß man in erster Linie Gefangene heranziehen will. Der freisinnige Antrag übersieht, daß so große Mittel vorläufig nicht nötig sind.

Abg. **v. d. Hagen** (Ctr.): Ich hätte gewünscht, daß man auch zur Urbarmachung privater Moore staatliche Mittel bereitgestellt hätte. Das ist besonders für das Burtanger Moor erforderlich. Der Vorlage stimmen wir zu.

Abg. **Oeser-Winsen** (ntl.): Die Vorlage zeigt, daß der Zolltarif nicht genügt hat, um die Landwirtschaft in gewünschter Weise zu heben. Es muß bäuerliches Neuland für einen bäuerlichen Mittelstand geschaffen werden. Wir billigen die Tendenz des fortschrittlichen Antrages, möchten aber die Initiative der Regierung überlassen. Dringend reformbedürftig ist die Fideikommißgesetzgebung.

Abg. Dr. **Engelbrecht** (freik.): Dem freisinnigen Antrage können wir zurzeit nicht zustimmen. Es ist menschlich begreiflich, daß in den Kreisen der Großgrundbesitzer noch Vorurteile gegen die innere Kolonisation bestehen. Man soll das nicht politisch ausbeuten. Eine Million Bauern sind wichtiger als ein paar tausend Großgrundbesitzer. Der Zufluß ausländischer Arbeiter treibt uns einer Katastrophe entgegen.

Abg. **Hoff** (Vp.): Wir wünschen schon jetzt eine wesentliche Erhöhung der aufzuwendenden Mittel. Wo der Großgrundbesitz vorherrscht, verödet das Land. Leider begünstigt auch das preußische Heroldsamt die Fideikommißbildung. Gegen den Strom des Slawentums gibt es nur eine Schaffung deutscher Bauerndörfer. (Beifall.)

Abg. v. **Saß-Jaworski** (Pole): Auch diese Mittel sollen gegen die Polen angewendet werden.

Minister Freiherr **v. Schorlemer**: Wenn ich die Ueberzeugung gewinnen könnte, daß die Ansetzung polnischer Bauern sich empfehlen würde, dann würde ich auch den Mut dazu haben. Aber die heutige Rede des Abg. Korfanty kann mir diesen Mut nicht verleihen. Der jetzt beschrittene Weg ist der einzige, der in ruhiger Entwicklung zum Ziele führt. Wir können diese Aufgaben nicht zentralisieren, hier sind provinzielle Organe notwendig. Unser Zweck ist nicht die Zerschlagung des Großgrundbesitzes, sondern die reelle Verteilung der verschiedenen Besitzgrößen. (Beifall.)

Das Haus vertagt sich.

Donnerstag 11 Uhr: Fortsetzung und kleine Vorlagen.

Schluß 5 Uhr.

Der Fall Krupp im Reichstag

(Von unserem Berliner E. Mitarbeiter!)

ist mit den letzten Auseinandersetzungen nicht erledigt; der Kriegsminister hat in dankenswerter Weise zugesagt, daß er das Parlament über den Fortgang der Untersuchung auf dem Laufenden erhalten will, soweit es ihm die Gerichte gestatten. Damit ist die strafrechtliche Seite der Angelegenheit erledigt; man muß den Gerichten das weitere überlassen und zwar sowohl den Zivilgerichten wie den Militärgerichten. Aber die ganze Angelegenheit hat auch eine politische Seite und diese ist nicht erledigt, sondern wird den Reichstag erst recht zu beschäftigen haben. Von allen inneren Gründen abgesehen zwingt schon eines den ganzen Reichstag zur völligen Klarstellung: es muß endgültig und restlos mit dem Gedanken aufgeräumt werden, als seien es die Interessen der Rüstungsfabrikanten, welche die sich steigernden neuen Wehrvorlagen erzeugen. Gerade die bürgerlichen Parteien, welche die neueste Militärvorlage annehmen wollen, haben das höchste Interesse daran, vor aller Welt klar zu stellen, daß es die Sicherheit des Volksganzen ist, welche zu erhöhten Ausgaben zwingt. Ob eine solche Klarstellung im Wege einer parlamentarischen Untersuchungskommission zu erfolgen hat, kann erwogen werden. Ich habe die Ueberzeugung, daß die schärfste Untersuchung nur politisch reinigend wirken kann. Ob das Resultat der Untersuchung eine Verstaatlichung aller dieser Unternehmungen sein wird, kann heute niemand sagen: Bedenken hiergegen liegen auf der Hand; ein nicht unwichtiger Ausfuhrartikel würde dann verloren gehen und die Lücken, welche das deutsche Vorgehen auf dem Weltmarkt reißen würde, könnten Frankreich und England mit behäbigem Schmunzeln ausfüllen. Aber diese Schwierigkeiten hindern nicht, den Wunsch nach voller Klarstellung zu erfüllen, zumal andere Rüstungslieferanten (z. B. Werften, Produzenten der Ausrüstungsstücke usw.) über gewaltigen Preisdruck Klage führen.

Der neue Fall Krupp wird politisch breitere Wellen schlagen als seine Vorgänger. Schon 1901 hat es unlieb berührt, daß man erfahren mußte, daß die Vereinigten Staaten ihr Panzermaterial um 20 Prozent billiger beziehen, als Deutschland das jetzige; trotz Preisrückgang sind unsere Panzerplatten noch um mindestens 800 Mark pro Tonne zu hoch. Erfährt man nun gar, daß in der einen Panzerplattenfabrik Franzosen im Aufsichtsrat sitzen, so genügen „historische Gründe" zur Rechtfertigung dieser Abnormität nicht. Wie scharf geht man gerade in Frankreich bei der Zusammensetzung des Aufsichtsrates vor? Da werden Deutsche einfach hinausgedrängt, auch wenn es sich gar nicht um Rüstungsunternehmungen handelt. Das Reichsmarineamt wird eine deutliche Sprache zu führen haben. Auch eine andere Tatsache rückt heute wieder ernsthafter in den Vordergrund; schon am 18. März 1905 habe ich im Reichstage nachgewiesen, wie hoch die Preise der Firma Krupp bei Kanonen und Geschossen sind; wie ein Preisrückgang nur infolge Aufkommens der Konkurrenz eintrat. Kriegsminister v. Einem bestätigte dies durch Bekanntgabe amtlicher Zahlen. Nun erfährt man zum höchsten Erstaunen, daß durch unlautere Manipulationen gerade die Firma Krupp in den Besitz der Konkurrenzangebote gekommen ist. Das alte Monopol mit den hohen Preisen soll also erhalten bleiben. Hiergegen muß sich der ganze Reichstag erheben; er muß Mittel und Wege finden, um solchen und ähnlichen Bestrebungen ein für allemal ein Ende zu bereiten.

Deutschland.

Berlin, 23. April.

☐ **Die vom Centrum beantragte Untersuchungskommission** findet auch anderwärts Anklang; so schreibt die „Frankf. Ztg.":

„Man kennt diese Methode. Aber zum ersten Male ist mit dem Briefe der Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken jetzt wohl ein Fall dokumentarisch erwiesen, in dem tatsächlich das ganze gewöhnliche Geschäftsinteresse der Rüstungsindustrie den Anstoß zu solchen Rüstungsdebatten geben sollte oder gegeben hat. Zum ersten Male stehen die Zusammenhänge, die man bisher nur kombinierte, unumstößlich fest, ist es für aller Augen klar erkennbar, daß tatsächlich mit dem Glück, dem Frieden und dem Wohlstande der Völker ein frivoles Spiel getrieben worden ist, bloß damit einige industrielle Unternehmen vermehrte Bestellungen erhalten. Beschämenderes für unsere großkapitalistische Kultur, wie für das gegenwärtige politische Verhältnis der europäischen Völker konnte wohl nicht festgestellt werden. Aber damit kann der Fall unmöglich erledigt sein. Schon die Verwaltung der Gesellschaft müßte jetzt auf absolute restlose Klarstellung drängen. Im Aufsichtsrat der Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken sitzen die Vertreter allererster deutscher Banken, so der Diskontogesellschaft, der Dresdener Bank u. a; auch der Fürst Guido Henckel v. Donnersmarck und der Vizeadmiral zur Disposition Hans Sack sitzen darin. Unendlich wichtig ist es jetzt, daß das deutsche Volk unbedingt Aufklärung haben muß. Wir wollen wissen, ob noch andere Briefe gleichen Charakters in den Geheimarchiven der Rüstungsunternehmungen verborgen sind! Wir wollen wissen, welche Fäden von diesen Unternehmungen zu den Hetzern des Rüstungswahnsinns diesseits und jenseits der Grenze führen! Wir wollen wissen, wie die berühmte 1813 Stimmung dieses Jubeljahres finanziert worden ist! Also eine parlamentarische Untersuchung, das ist das einzige, was die Luft wieder reinigen kann. Aber natürlich nur eine Untersuchung, das wirklich etwas aufzudecken vermag. Darum verlangen wir nach den Beispielen anderer Länder die Einsetzung einer parlamentarischen Untersuchungskommission mit richterlicher Kompetenz, die das Recht hat, die Vorlegung des Beweismaterials zu verlangen, die Zeugen eidlich zu vernehmen und deren Aussagen, genau wie der Richter, nötigenfalls auch zu erzwingen. Es ist eine von den vielen Rückständigkeiten unseres konstitutionellen Lebens, daß wir solche parlamentarischen Untersuchungskommissionen mit richterlichen Kompetenzen noch nicht kennen, und daß deshalb die Enqueten, die der Reichstag fordert, regelmäßig auslaufen wie das Hornberger Schießen; weil die Interessenten nur das Nebensächliche aussagen und das Wichtigste verschweigen, da sie zur Aus-

sage nicht gezwungen werden können. Das hat sich schon oft gerächt. Der jetzige Fall ist aber so kraß, daß er unbedingt nötigt, auch auf diesem Gebiete mit dem alten Mißbrauch zu brechen und zur Aufdeckung derjenigen Methoden anzuwenden, die in fortgeschritteneren Ländern selbstverständlich wären und die allein zum Ziele führen können."

Belgien.

Zur Beilegung des Generalstreiks.

* Brüssel, 23. April. Das Nationalkomitee für das allgemeine Wahlrecht und den „General"streik ist heute vormittag zu einer Sitzung zusammengetreten. Es waren 300 Delegierte anwesend, die Kenntnis genommen haben von der in der gestrigen Kammersitzung angenommenen Tagesordnung. Es schien die Ansicht vorzuherrschen, daß diese Tagesordnung ein Mittel zur Verständigung sein könnte, und daß hierdurch möglicherweise der „General"streik ein Ende finden wird. Der morgen vormittag zusammentretende außerordentliche Kongreß wird darüber zu befinden haben. — Heute vormittag sind drei liberale Brüsseler Blätter nicht erschienen, weil ihre Buchdrucker gestern nacht erneut in den Streik getreten sind.

Italien.

Grobe Studentenexzesse in Bologna.

In Bologna fanden aus Anlaß der Beerdigung eines Bureaudieners der dortigen Präfektur, Giuseppe Sabattini, schwere Studentenunruhen statt. Sabattini hatte als Mitschuldiger des in Triest seinerzeit wegen Verschwörung gegen das Leben des Kaiser Franz Josef hingerichteten römischen Studenten Oberdank 13 Jahre Zuchthaus erlitten. Sein Begräbnis wollten nun die Bologneser Studenten zu einer gegen Oesterreich gerichteten Demonstration benutzen. Sie wachten daher die ganze Nacht vor dem Krankenhause, um den etwaigen nächtlichen Transport der Leiche zu verhindern. Als dann um 6 Uhr früh der Leichentransport stattfand, kam es zwischen den Studenten und der Polizei zu einem Zusammenstoß, bei dem mehrere Polizisten und Studenten verwundet und vier Studenten verhaftet wurden. Infolgedessen erzwangen sich die Studenten die Einstellung des Unterrichts an der Universität, zertrümmerten Türen und Fenster und versammelten sich nachmittags auf den Hauptplätzen im Stadtzentrum. Als Kavallerie, Infanterie und Polizei einschritten, verbarrikadierten die Studenten mit Restaurationstischen und Stühlen die Via Rizzoli und die Laubengänge im Stadtzentrum und bewarfen die Soldaten mit Steinen und Tischbeinen. Die Tumulte dauerten fort, bis es endlich abends der bewaffneten Macht gelang, den Nettunplatz, den Piazza Vittore Emanuele und die Nebenstraßen zu räumen. Auf beiden Seiten gab es eine Anzahl Schwerverletzter. Einundzwanzig Studenten wurden verhaftet, von denen zwölf wieder freigelassen wurden. Die Restaurants im Stadtzentrum haben schwer gelitten. In einer Abendversammlung beschlossen die Studenten, die Agitation fortzusetzen und auf ganz Italien auszudehnen.

Der Balkankrieg.

Die siegreichen Montenegriner.

— Die Südslawische Korrespondent meldet aus Cattaro:

Die montenegrinischen Truppen sind bereits in Skutari eingezogen. König Nikolaus und die Prinzen werden heute einen feierlichen Einzug in die eroberte Stadt halten. Essad Pascha gab, da er die Nutzlosigkeit eines weiteren Widerstandes einsah, den Truppen den Befehl zur Einstellung des Widerstandes, nachdem der Tarabosch in die Hände der Montenegriner gefallen war. Der zweitägige Kampf um die Stadt wurde durch die serbische Artillerie entschieden, welche die türkischen Batterien der Reihe nach zum Schweigen brachte. Die Montenegriner nahmen in der Nacht von Montag auf Dienstag alle entscheidenden Stellungen. Der Plan des nächtlichen Generalsturms soll von dem serbischen General Bojovitsch und dem Kriegsminister Martinowitsch ausgearbeitet worden sein. Die Türken scheinen durch die Angriffe der montenegrinischen Truppen überrumpelt worden zu sein. Die Stellungen bei Bridica fielen sehr rasch. Die Stadt Skutari soll durch die Kanonade größtenteils in Trümmer gelegt sein. Die Sperre der Grenzen wird heute aufgehoben.

Die Siegesfeier in Belgrad.

* Belgrad, 23. April. Die Nachricht von der Eroberung Skutaris rief hier die größte Freude hervor. Die Häuser sind beflaggt. In der Stadt insbesondere vor dem Palais, wurden stürmische Kundgebungen veranstaltet. In der Skupschtina teilte der Ministerpräsident mit, daß ihm die freudige Nachricht von dem serbischen Gesandten in Cetinje zugegangen sei. Die Skupschtina beschloß unter stürmischen Zivio-Rufen, die montenegrinische Skupschtina zu dem Siege der montenegrinischen Armee telegraphisch zu beglückwünschen. Die Opposition verlangte, daß die Sitzung zum Zeichen der Freude geschlossen werde. Der Antrag wurde abgelehnt. Die Sitzung wurde auf eine halbe Stunde unterbrochen.

Das ratlose „Europa".

— Zum Fall Skutaris wird der B. Z. aus Berliner diplomatischen Kreisen mitgeteilt, die diplomatischen Vertretungen der Mächte in Cetinje hätten bereits gestern ihre Regierungen telegraphisch in Kenntnis gesetzt, daß die Kapitulation von Skutari unmittelbar zu erwarten sei. Eine amtliche Notifikation liegt noch nicht vor. Man hegt nun die Hoffnung (!), daß die Mächte dafür sorgen werden, daß der von den Mächten einmütig gefaßte Beschluß, Skutari solle albanisch werden, auch nach dem Fall Skutaris durchgeführt wird.

Gerüchte.

)(Paris, 23. April. Beunruhigende Nachrichten treffen heute vormittag hier aus Saloniki ein. Die Bulgaren beginnen mit einem großen Teile der Tschataldschaarmee die griechischen Stellung zu umstellen. Die Stärke der bulgarischen Truppen beträgt 19 000. Gerüchtweise verlautet, daß ein Ultimatum Bulgariens an Griechenland bevorstehe. Serbien steht, wie es heißt, in diesem Konflikt auf griechischer Seite.

Gerichtliches.

* Neuß, 23. April. (Schöffengericht.) Der Wirt Jos. S. von hier hat Gäste über die gebotene Polizeistunde (1 Uhr) in seinem Lokal geduldet. Gegen zwei Strafmandate von 3 und 1 Mk. hatte er Einspruch erhoben. Das Gericht erkannte auf 3 Mk. Geldbuße. — Das Dienstmädchen Emma M. von hier soll bei einem hiesigen Metzgermeister ohne Kündigung den Dienst verlassen haben. Da das Mädchen nach dem Willen der Eltern gehandelt hat, und unmündig ist, erfolgte Freisprechung. — Der Feilenhauer Baltasar M. von hier soll in der Fabrik einen Mitarbeiter gestoßen und mit einer Zange geschlagen haben. Das Gericht erkannte auf Freisprechung, da eine absichtliche Körperverletzung nicht nachgewiesen werden konnte. — Der Fabrikarbeiter Wilh. St. und der Fabrikarbeiter Wilh. L., beide von hier, sollen in der Neujahrsnacht in einer hiesigen Wirtschaft einen Ueberzieher und einen Stock, welche Sachen am Mantelstock hingen, gestohlen haben. Mangels Beweis erfolgte Freisprechung. — Der Fabrikmeister Jos. L. und seine Frau von hier haben in zwei Fällen Wohnungen gemietet und dem Vermieter erklärt, die Möbel hätten ihnen, trotzdem sie auf Abschlag gekauft worden waren, und die Vermieter um 26 und 30 Mk. betrogen. Auch werden ihnen zwei Diebstähle von 40 und 70 Mk. zur Last gelegt. Beide wurden von Düsseldorf vorgeführt. L. erhielt wegen Betrug eine Woche Gefängnis, die Frau wegen Betrug und Diebstahl zwei Wochen Gefängnis. — Der Ackerer Jos. P. aus Ueckerath hat ein Schwein, das gepfändet war, verkauft. Er erhielt 10 Mk. Geldbuße oder 2 Tage Gefängnis. — Der Metzgermeister Heinrich F. von hier bei dem Leberwurstproben genommen wurden, hatte der Wurst Mehl zugesetzt und sie mit Schwefel konserviert. Er erhielt 30 Mk. Geldbuße. — Der Hausierer Otto G. aus Oberhausen hat in Neuß hausiert, ohne im Besitz eines Wandergewerbescheines zu sein. Das Gericht erkannte auf die gesetzliche Strafe von 96 Mk. — Die Frau Joh. M. von hier, welche Gemüse auf dem Markt verkauft, hat einer anderen Marktfrau 2 Körbe im Werte von 3—4 Mk. entwendet. Sie wurde zu einem Tag Gefängnis verurteilt. — Der Kammerjäger Heinrich E. aus Berlin hat im vergangenen Sommer bei hiesigen Landwirten und Geschäftsleuten Aufträge zur Vertilgung des Ungeziefers erhalten. Die Leute haben hohe Beträge gezahlt, jedoch erwiesen sich die Manipulationen des E. als wirkungslos. Er erhielt 20 Mk. Geldbuße. — Der Gärtner August P. von hier soll im hiesigen Schlachthof Schweine wiegen lassen. Er glaubte es sei ihm vom Wiegenmeister zu Unrecht ein Abzug gemacht worden und hat diesen des Betrugs beschuldigt. Da nicht nachgewiesen werden konnte, daß er die Beschuldigung verbreitet hat, erfolgte Freisprechung. — Die Frau Gustav B. aus Dormagen soll ihrer *Nachbarin Wäsche* gestohlen haben. Die Angeklagte leidet nach einem amtlichen Gutachten an Epilepsie, die zuweilen ihren freien Willen beeinträchtigt, sie wurde deshalb freigesprochen. — Der Kellner Robert H. von Düsseldorf ist in ein Gehöft eingedrungen und hat den Eigentümer bedroht. Die Sache wurde vertagt, da H. nicht erschienen war.

---

* Düsseldorf, 22. April. Die heutige Verhandlung des Schwurgerichts richtete sich gegen den vierundzwanzigjährigen Bahnarbeiter Heinrich Nelles aus Norf, im bürgerlichen Leben noch nicht vorbestraft, der unter Anklage stand, während der Nacht zum 3. Februar (Fastnachtssonntag) in Norf den Ackerergehilfen Adam Wolf vorsätzlich körperlich so mißhandelt zu haben, daß infolgedessen der Tod des Verletzten eingetreten ist. Es handelte sich um einen Vorfall vor einer Wirtschaft, die gleichzeitig ein Tanzlokal ist. Nelles war um 5 Uhr nachmittags trotz der Warnungen seiner Mutter, die ihn wohl kennen mochte, in die genannte Wirtschaft gegangen. Gegen drei Uhr nachts verließ der Angeklagte, der ein Clownkostüm angelegt hatte, mit zwei Mädchen den Tanzsaal, wobei er auf der Straße mit dem dort vor der Wirtschaft stehenden Wolf zusammenstieß und in Wortwechsel geriet. Wie der Streit entstanden ist, wollte Nelles bei seiner heutigen Vernehmung nicht mehr wissen, während er in der Voruntersuchung eingestanden hatte, den Wolf zuerst angerempelt zu haben. Während sie sich gegenseitig schlugen, so erklärte heut der Angeklagte weiter, habe er zwei heftige Schläge auf den Kopf bekommen; da habe er sein Messer gezogen und wild auf seinen Gegner losgestochen. Daß er dann auch auf andere Personen, die dem Verletzten zu Hilfe eilten, losgeschlagen hatte, wollte er gleichfalls nicht wissen. Die Besinnung sei bei ihm erst wieder zurückgekehrt, als er zu Hause angekommen sei und das viele Blut an seinem Fastnachtskostüm gesehen habe. Ein Gendarmeriewachtmeister führte den Nelles noch in derselben Nacht an die Leiche des von ihm Getöteten, ohne daß der Täter besondere Reue an den Tag gelegt hätte. Der Messerstich hatte die Halsschlagader getroffen und schon nach kurzer Zeit den Tod des Wolf herbeigeführt. „Ich bin gestochen, ich muß sterben!" hatte er noch röchelnd gerufen. Der Angeklagte erklärte, daß er bei der fraglichen Gelegenheit wohl angeheitert, nicht aber betrunken gewesen sei. Aus der Zeugenvernehmung ging hervor, daß bei dem Anlaß zum Streit der Angeklagte der provozierende Teil gewesen ist, daß er immer wieder auf den Wolf eingedrungen war. Wolf wurde das Zeugnis eines braven, ordentlichen Menschen ausgestellt; dagegen traten verschiedene Zeugen auf, die den Täter als einen streitsüchtigen Menschen schilderten. Die Geschworenen fanden den Angeklagten der Körperverletzung mit tödlichem Ausgang unter Annahme mildernder Umstände für schuldig. Das Urteil lautete auf drei Jahre Gefängnis.

Aus dem Kreise Grevenbroich.

:: Hemmerden, 22. April. In hiesiger Gemeinde sind in letzter Zeit wieder viele Häuser an die elektrische Lichtanlage angeschlossen worden. Die neuen Drahtlampen sind ja auch sehr dauerhaft und brennen sparsam, so daß die elektrische Beleuchtung sich mindestens ebenso billig stellt, wie Petroleumlampen, abgesehen von der großen Bequemlichkeit, Reinlichkeit und Sicherheit. Unsere Straßenbeleuchtung findet allgemeine Anerkennung, auch von Fremden. — Es ist sehr zu bedauern, daß die Versuche der Verwaltung, auch die Errichtung einer Wasserleitung durchzuführen, einstweilen noch zu wenig Anklang finden. Die ziemlich hohen Kostensätze scheinen manche abgeschreckt zu haben. Man sollte doch sagen, was in Rettesheim und Rommerskirchen möglich ist, das dürfte auch in Hemmerden zu erreichen sein. Die hiesigen Bewohner werden sicherlich bereit sein, die in den vorgenannten Gemeinden festgesetzten Beiträge auch aufzubringen. Wenn dadurch die entstehenden, laufenden Kosten noch nicht gedeckt werden können, so darf man billigerweise wohl hoffen, daß z. B. von seiten der Provinz oder der Regierung ein Zuschuß gegeben wird. Kürzlich berichtete man, daß die Verwaltung der Provinz der Gemeinde Straberg fast 3000 M. Zuschuß für Wegebauten gegeben habe. Die sehr mangelhafte und beschwerliche Wasserbeschaffung in hiesiger Gemeinde ruft dringend nach Abhülfe. Die Hauptstraße mit ca. 80 Häusern hat auf einer Länge von 1100 Schritt sage und schreibe zwei öffentliche Pumpen. Die Kosten einer Privatpumpe, ca. 1000—1200 M., sind für die einzelnen Häuser unerschwinglich. Oft kann man sehen, wie die Abwässer der Brauereien aus der Gosse geschöpft werden, um zum Hausputz oder vielleicht auch sonst gebraucht zu werden und wie mit übelriechender Jauche die Straßenrinne gereinigt wird. In dem Kampfe gegen Tuberkulose ist Reinlichkeit vor allem notwendig; diese ist aber nicht zu erreichen, wenn nicht Wasser reichlich und bequem geboten wird. Hoffentlich führen die großen Vorarbeiten der Verwaltung bald zu einem guten Ziele.

)(Noithausen, 23. April. Schon vor einiger Zeit war die Pfarrerrichtung seitens der kirchlichen und weltlichen Behörden genehmigt worden. Damit die Urkunde jedoch rechtskräftig würde, bedurfte sie noch der Unterschrift des Herrn Erzbischofs. Diese ist nunmehr erfolgt. Der letzte Kirchl. Anzeiger bringt die Urkunde über die Erhebung unseres Rektorates zur Pfarrei. Es ist die erste Pfarrerrichtung, welche unser neuer Herr Erzbischof Felix vollzogen hat. In der Urkunde ist besonders die hochherzige Opferwilligkeit der Bewohner betont, mit der sie für den Pfarrfonds beigetragen haben. Am kommenden Sonntag, den 27. d. M., wird in dem um 4 Uhr stattfindenden Nachmittagsgottesdienste durch den hochw. Herrn Dechanten die Publikation der Pfarrerrichtungsurkunde erfolgen. Damit wird Noithausen unter die Zahl der Pfarreien des Dekanates Grevenbroich eingereiht, deren Zahl alsdann 28 beträgt.

)(Grevenbroich, 22. April. (Schöffengericht.) Hilfsarbeiter Josef L. aus Gindorf ist angeklagt, zu Gindorf am 1. Januar d. J. den Fabrikarbeiter Jakob W. vorsätzlich körperlich mißhandelt zu haben und zwar mittels eines Bierglases. Das Urteil lautete auf 15 M. Geldbuße ev. 5 Tage Gefängnis. — Erdarbeiter Paul M. aus Frimmersdorf war am 6. Februar d. J. mit der Eisenbahn von Gustorf nach Harff gefahren, ohne im Besitze einer Fahrkarte zu sein. Wegen Betrugs wurde er zu 6 M. Geldbuße ev. 2 Tg. Gefängnis verurteilt. — Pferdeknecht Heinrich M. aus Barrenstein wurde wegen fahrlässiger Körperverletzung, begangen am 1. Februar d. Js. in Barrenstein, zu 12 M. Geldbuße ev. 4 Tagen Gefängnis verurteilt. — Bahnarbeiter Andreas St. aus Gierath hat am 6. Februar d. J. zu Laach ohne gesetzmäßige Ursache den Gesindedienst bei dem Landwirt Johann J. verlassen. Strafe: 15 M. Geldbuße ev. 5 Tage Haft. — Kellner Matthias M. zu Frankfurt a. M. ist angeklagt, zu Hemmerden in der Nacht zum 11. November v. J. den Schreinermeister Karl B. mit der Begehung eines Verbrechens bedroht zu haben. Das Urteil lautete auf 9 M. Geldbuße ev. 3 Tage Gefängnis. — Ehefrau Josef Sch. aus Elsgen hat am 25. November v. J. in Jüchen die Fabrikarbeiterin Elisabeth B. vorsätzlich körperlich mißhandelt. Strafe: 3 M. Geldbuße ev. 1 Tag Gefängnis. — Wegen Sachbeschädigung, begangen zu Grevenbroich am 10. Dezember v. J., wurde die Fabrikarbeiterin Sophia A. aus Neuenhausen zu 3 M. Geldbuße ev. 1 Tag Gefängnis verurteilt. — Kaufmannslehrling Richard Sch. aus Grevenbroich hatte am 6. März d. J. den Unterricht der gewerblichen Fortbildungsschule durch ungebührliches Betragen gestört. Er wurde mit einem Verweise bestraft. — Weil er am 9. März d. J. zu Orken den Maurer Peter H. mit der Begehung eines Verbrechens bedroht hatte, wurde der Pliesterer Christian W. aus Elsen zu 3 M. Geldbuße ev. 1 Tag Gefängnis verurteilt. — Knecht Franz L. zu Langwaden und Knecht Jos. S. zu Rossenray haben im Januar 1913 zu Muchhausen ohne gesetzmäßige Ursache den Gesindedienst bei dem Rittergutspächter Ludwig R. verlassen. Sie wurden beide mit je 15 M. ev. 5 Tagen Haft bestraft. — Arbeiter Sjoerd R., z. Zt. in Untersuchungshaft, hat am 10. April d. Js. zu Priesterath dem Knecht Hermann K. ein Portemonnaie mit 7 M. entwendet. Strafe: 3 Tage Gefängnis. — In drei Sachen ergingen freisprechende Erkenntnisse. Ein Einspruch gegen eine polizeiliche Strafverfügung wurde zurückgezogen. Eine Sache wurde vertagt.

Aus dem Kreise Neuß.

* Neuß, 24. April.

☐ **Windthorstbund.** Am heutigen Abend findet im Restaurant Hermkes eine Versammlung statt, worin Herr Stadtverordneter Grunau über die Haltung des Centrums in der Wahlrechtsfrage sprechen wird. Da die Wahlen zum Abgeordnetenhause demnächst getätigt werden, so ist es für jeden Centrumsmann erforderlich, die Stellung der Centrumspartei in dieser wichtigen Frage kennen zu lernen. Auch Nichtmitglieder sind ohne Beitrittszwang willkommen. (Siehe Anzeige.)

♛ **Der Verein zur Wahrung gewerblicher Interessen** (Detaillisten-Verein) hielt gestern abend im Saal der Restauration Hermkes seine ordentliche Generalversammlung ab. Der Vorsitzende, Herr Stadtverordneter Breuer, gab seiner Freude darüber Ausdruck, daß die Versammlung besser besucht sei, als die im Dezember anberaumte, die wegen schwachen Besuches vertagt worden sei. Den Bericht über die Tätigkeit des Vereins im Jahre 1912 erstattete der Geschäftsführer des Vereins, Herr Handelskammersyndicus Dr. Olep. Sowohl bei Begutachtung und Befürwortung allgemeiner gesetzlicher Maßnahmen im Interesse des Mittelstandes wie auch bei Fragen lokaler Bedeutung habe der Verein in Verbindung mit dem Kleinhandelsausschuß der Handelskammer stets auf dem Posten gestanden. Von sieben geplanten Versteigerungen seien infolge des Eingreifens des Vereins sechs unterblieben, ebenso die geplante Einrichtung eines Wanderlagers. Die Hauptsache sei, daß der Verein da sei und bei Fragen, welche den Mittelstand betreffen, stets eingreifen könne. Die Darlegungen wurden von der Versammlung beifällig aufgenommen und der Vorsitzende sprach dem Herrn Geschäftsführer für seine Tätigkeit besondern Dank aus. Nach der Rechnungslegung des Schatzmeisters Herrn Großeschmidt hat der Verein bei einem Mitgliederstand von 81 ein Vermögen von 321 Mk. Die Rechnungslegung wurde für stimmend erklärt und dem Herrn Kassierer der Dank des Vereins ausgesprochen. Die Wahlen zum Vorstand ergaben die Wiederwahl des ausscheidenden Hrn. Breuer und die Neuwahl der Herren Bell und Reunzig an Stelle der Herren van Haag und Wortmann, welche eine Wiederwahl abgelehnt hatten. In den Ausschuß wurden die Herren Badort, Th. Draht, Landmesser, H. Plum, und Loschelder neu- bezw. wiedergewählt. Herr Zumbe sprach dem Herrn Vorsitzenden den Dank für seine erfolgreiche Tätigkeit an der Spitze des Vereins aus und bat ihn namens der Versammlung, von dem mit Rücksicht auf seine vielen andern Posten beabsichtigten Rücktritt von der Leitung des Vereins Abstand zu nehmen. Er bekräftigte den Dank durch ein von der Versammlung freudig aufgenommenes Hoch. Der Vorsitzende legte die Bedeutung des Vereins für den gewerblichen Mittelstand in einer so in der Entwicklung begriffenen Stadt wie Neuß überzeugend dar und bat, nachdrücklich für denselben zu werben. Wenn der Verein auch wenig nach außen hervortrete, so sei sein Wirken doch für den Mittelstand von einschneidender Bedeutung. An Stelle eines verhinderten auswärtigen Redners, Herrn Gerichtsvollzieher a. D. Finhold, sprach Herr H. Plum in sehr sachverständiger Weise über die Verbilligung der Eintreibung ausstehender Forderungen.

* **Der Neußer Spar- und Bauverein** hielt, wie uns geschrieben wird, am vergangenen Sonntag im Pelzerschen Saale seine diesjährige Generalversammlung ab, die sehr gut besucht war. Der Vorsitzende, Herr B. Bellerstein, gab in seinen einleitenden Ausführungen einen allgemeinen Ueberblick über den Stand des Vereins, den er als sehr solide darstellte. Der Reingewinn sei allerdings nicht so groß, als im Vorjahre, da im Vorjahre größere Grundstücksgewinne zu verzeichnen waren, auch sei der diesjährige Reingewinn zahlenmäßig kleiner, weil entgegen der bisherigen Gepflogenheit, die Verzinsung der Spareinlagen vor Aufstellung der Bilanz den einzelnen Konten bereits gutgeschrieben sei und die Abschreibungen auf Häuserkonto von ½ % auf 1 % erhöht wären. Wie bisher sollten auch in diesem Jahre die Geschäftsanteile mit 4 % und Spareinlagen mit 5 % verzinst werden. Dem gesetzlichen Reservefonds wurden 10 % überwiesen, wodurch dieser auf 7801 M. erhöht wurde. Der Hilfsreservefonds wurde auf Mark 19 013,96 erhöht. Der Dispositionsfonds werde mit Mark 2 000 vorgetragen. Diese drei Fonds hätten heute zusammen eine Höhe von Mark 28 715,— erreicht und deckten damit allein über 55 % der eingezahlten Geschäftsanteile. Dazu kämen noch die Amortisationen von über 53 000 Mark, so daß also die Vermögens-Reserven über 80 000 Mark mehr als das 1½fache der eingezahlten Geschäftsanteile ausmachten.

Im vergangenen Jahre seien der außergewöhnlich guten Bilanz entsprechend, außergewöhnliche Reparaturen und Verschönerungen an den Vereinshäusern vorgenommen worden, damit könnten die Mitglieder in Zukunft nicht rechnen, weil solche die Kräfte des Vereins übersteigen würden. Tatsächlich wohnten die Mitglieder zu billig. Herr Bellerstein wies ziffernmäßig nach, daß die Mieter eigentlich ¼ an Miete mehr zahlen müßten, wenn eine reguläre Verzinsung des Bau- und Grundstückkapitals erhoben würde. Die Mitglieder hätten alle Ursache, sich dieser Vorteile zu freuen und dürfe wohl erwartet werden, daß sie die Wohnungen durch Propretät im eigensten Interesse in gutem Zustande erhielten.

Herr Albert Linden erstattete als Vorsitzender des Vorstandes den geschäftlichen Bericht. Das verflossene Jahr war das 13. Geschäftsjahr des Vereins. Der Verein beabsichtige in diesem Jahre an der Annostraße fünf Neubauten zu errichten. Die Vorarbeiten und Pläne sind soweit fertig gestellt, daß mit dem Bau demnächst begonnen werden kann. Es sollen dort erbaut werden ein Eckhaus mit 6 Wohnungen und vier Häuser mit drei Wohnungen. Insgesamt habe der Verein bis jetzt 152 Wohnungen errichtet und zwar 15 Wohnungen mit 2 Zimmern, 117 Wohnungen mit 3 Zimmern und 20 Wohnungen mit 4 Zimmern und mehr. An der Verbandskasse Rheinischer Bauvereine ist der Verein mit 20 Anteilen beteiligt. Die Zahl der Mitglieder hat sich im Berichtsjahre um 39 mit 48 Anteilen vermehrt. Auch die Einzahlungen auf die gezeichneten Geschäftsanteile haben bedeutend zugenommen, so daß der Verlauf des verflossenen Geschäftsjahres nur befriedigen kann.

Herr Rosellen erstattete den Revisionsbericht, wonach die Bücher sauber und korrekt geführt würden und alles in bester Ordnung befunden wurde. Die Bilanz sei von den Herren Linden Bellerstein, Foller und Rosellen geprüft und für richtig befunden worden. Herrn Ginzler gebühre für seine Tätigkeit volle An-

erkennung. Herr Ginzler erläuterte die Bilanzzahlen. (Siehe Anzeigenteil.) Die vorgeschlagene Verteilung des Reingewinns fand die Billigung der Versammlung. Dem Vorstand und Aufsichtsrat wurde Entlastung erteilt.

Es schieden im Turnus aus dem Aufsichtsrat die Herren Rosellen, Klaren und Sieger aus. Die beiden Ersteren wurden durch Zuruf wieder und Herr Ponzelaer neu in den Aufsichtsrat gewählt.

Herr Architekt Renner berichtete über die vorgenommene Besichtigung auswärtiger Genossenschaftshäuser, durch eine größere Kommission. Man habe festgestellt, daß die Mieten dort ganz wesentlich höher seien, als bei uns, daß aber besondere Vorteile, die zur Nachahmung Veranlassung gäben, nicht gefunden worden seien. Lediglich mit einer Badeeinrichtung, die einzuführen schon länger der Wunsch der Vereinsleitung sei, sollten nunmehr bei den Neubauten Versuche gemacht werden.

Nachdem noch im allgemeinen über verschiedene Wünsche der Mitglieder beraten worden, schloß der Vorsitzende mit den besten Hoffnungen für das weitere Gedeihen des Spar- und Bauvereins die Versammlung.

□ **Neue Sektion der Rheinischen landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft für den Stadtkreis Neuß.** Infolge Ausscheidens der Stadt Neuß aus dem Kreise Neuß ist jetzt für den Stadtkreis Neuß eine neue Sektion der Rheinischen landw. Berufsgenossenschaft **Neuß-Stadt** gebildet worden. In Neuß bestehen jetzt demnach Sektionen Neuß-Stadt und Neuß-Land. Die Anmeldung der Unfälle in den landwirtschaftlichen Betrieben der Stadt müssen fortab also nicht mehr an das Kgl. Landratsamt sondern an das Bürgermeisteramt (Sektion Neuß-Stadt), gerichtet werden. Die Feststellung erfolgt künftig für die Stadt Neuß demnach nicht mehr durch den Kreisausschuß, sondern durch den Stadtausschuß.

⊙ **Die vereinigten Installateure und Klempner** welche bisheran in einer freien Vereinigung organisiert waren, beschlossen gestern abend einstimmig die Gründung einer freien Innung für den Stadtbezirk Neuß. Der bisherige Vorstand wurde mit den weiteren Vorbereitungen beauftragt.

)(**Das Kleben der Invalidenmarken bei der landwirtschaftlichen Bevölkerung.** Die ab 1. Januar d. J. erfolgte Neufestsetzung des Jahresarbeitsverdienstes für die landwirtschaftlichen Arbeiter hat in den beteiligten Kreisen vielfach die Ansicht aufkommen lassen, daß sich hiernach auch die Höhe der Invalidenmarken richte. In Neuß würde danach z. B. für weibliche Personen aus der Landwirtschaft anstatt die 2. Klasse (24 Pfg.) die 3. Klasse (32 Pfg.) geklebt werden müssen. Dies ist nicht der Fall. Bis Ende des Jahres 1913 bleiben vielmehr die alten Sätze maßgebend, z. B. für Neuß, 2. Klasse für weibliche und 4. Klasse (40 Pfg.) für männliche Arbeiter. Ab 1. Januar 1914 müssen ja bekanntlich auch alle landwirtschaftlichen Arbeiter der Allgemeinen Ortskrankenkasse angehören. Von diesem Zeitpunkte ab richtet sich das Kleben nach den Lohnklassen der Krankenkasse. Die eben erwähnte Neufestsetzung des Jahresarbeitsverdienstes hat nur Bedeutung für die Unfallrenten, deren Höhe sich hiernach richtet.

:: Kaarst, 23. April. Zur Erinnerung an das Regierungsjubiläum unseres Kaisers hat der hiesige Gemeinderat in seiner letzten Sitzung zwei für die Wohlfahrt der Gemeinde recht bedeutungsvolle Beschlüsse gefaßt. Im Jahre 1906 schaffte der Gemeinderat aus Anlaß der silbernen Hochzeit des Kaiserpaares den Grundstock zur Errichtung eines katholischen Schwesternheims, das neben dem Betrieb einer Kleinkinderbewahrschule eine Haushaltungs- und Handarbeitsschule, einer Waisen- und Pfründneranstalt die ambulante Krankenpflege in der Gemeinde ausüben sollte. Der Beschluß fand seinerzeit unter der Einwohnerschaft eine gute Aufnahme, denn bald war die von der Gemeinde gestiftete Summe von 300 Mark durch freiwillige Spenden auf nahezu 1600 Mark gestiegen. Die damals verteilten Aufrufe gelangten auch in die Hände des jetzt verstorbenen Stadtpfarrers a. D. Franz Wilms zu Heidelberg, eines Kindes unserer Gemeinde. Der geistliche Herr stiftete an die kath. Kirchengemeinde hier eine Summe, von der die Anstalt ohne jede Zuwendung errichtet werden konnte. Die Stiftung der Zivilgemeinde mußte daher ihre Zweckbestimmung ändern. Auf den Vorschlag des Herrn Bürgermeisters hat nun der Gemeinderat beschlossen, diese Stiftung zur Erinnerung an das Regierungsjubiläum unseres Kaisers durch jährliche Beträge von 100 Mk. auf 2000 Mk. zu erhöhen, die Summe zinstragend anzulegen und die Zinsen zur Unterhaltung einer in dem neuen Schwesternheim zu errichtenden Suppenküche zu verwenden. Dem Beschluß lag der Gedanke zu Grunde, daß für die zart entwickelten, blutarmen und Krüppel-Kinder, die einen weiten Schulweg haben und namentlich im Winter zum Mittagessen nicht nach Hause gehen können, daher auf trockene Butterbrode angewiesen sind, in irgend einer Weise etwas geschehen müsse. Diesen Erwägungen wird durch die bereit gestellte Summe Rechnung getragen. Den Kindern soll eine Milchsuppe oder eine kräftige Fleischsuppe verabreicht werden. Da von den Zinsen der Stiftung sich bei Berechnung der Portion auf 10—15 Pfennig immerhin etwa 700—800 Suppenportionen bereit stellen lassen, so darf man erwarten, daß eine ganz ansehnliche Zahl in den Genuß dieser segensreichen Einrichtung gelangen wird. Selbstverständlich ist die Stiftung zunächst nur für bedürftige Kinder gedacht, wobei hervorgehoben sein mag, daß die Leistungen der Stiftung nicht den Charakter einer Armenunterstützung haben soll. Die besser gestellten Kinder können gegen Zahlung eines angemessenen Betrages an der Einrichtung ebenfalls teilnehmen. Die Stiftung hat auch den Vorteil, daß die Kinder zumal im Winter den Mittag hindurch in einem geheizten Raume zubringen, sie befinden sich unter Aufsicht der Schwestern und sind nicht, wie bisher, sich selbst überlassen. Der andere Beschluß befaßt sich mit der Wohnungsfürsorge. Durch ihn wird der Vorsitzende ermächtigt, zur Förderung des Kleinwohnungswesens ein zusammenhängendes Grundstück von 8 Morgen käuflich zu erwerben, das dann später parzelliert zur Errichtung von Eigenhausbauten wieder veräußert werden soll. 12 Morgen in nächster Nähe des Ortes sind schon früher für denselben Zweck angekauft worden. Nachdem der Gemeinderat dann auch noch die Summe der gegenüber der Landesversicherungs-Anstalt bei Hergabe von Darlehen zu übernehmenden Bürgschaften auf 100 000 Mk. erhöhte, erscheint der Erwerb eines Eigentums so erleichtert, daß es auch für den kleinen Mann bei einigen Ersparnissen möglich sein muß, sich eine eigene Wohnstätte zu gründen.

Aus dem Kreise Grevenbroich.

Grevenbroich, 23. April. Gestern nachmittag fand hier unter dem Vorsitze des Kreisdeputierten Lützeler die Neuwahl eines Vertreters und Ersatzmannes zur Genossenschaftsversammlung der rheinischen Landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft statt. Als Vertreter wurde der Gutsbesitzer August Münker in Allrath und als Ersatzmann der Gutspächter Everhard Hövels in St. Nikolaus bei Bedburdyck gewählt.

Hochneukirch, 23. April. Anläßlich der Landtagswahlen ist die Bürgermeisterei Hochneukirch in drei Urwahlbezirke eingeteilt worden. Wahlvorsteher sind Bürgermeister Fußangel, Beigeordneter Kamphausen und Fabrikbesitzer Eduard Bausch. Stellvertretende Wahlvorsteher Beigeordneter Otto Busch, Gemeinderentmeister Ernst Dickler und Rittergutsbesitzer Franz Leuffen Als Wahllokale dienen die alte Mädchenschule in Hochneukirch, die katholische Schule in Holz und die evangelische Schule in Otzenrath.

Frimmersdorf, 23. April. Gestern nachmittag ist ein hiesiger Ackerknecht beim Düngerfahren verunglückt. Er wollte sein scheu gewordenes Pferd zum Halten bringen und geriet hierbei unter den schwerbeladenen Karren, wodurch er einen Schienbeinbruch und erhebliche Verletzungen an der rechten Hand davontrug. Er wurde in das Krankenhaus Grevenbroich überführt.

Kirchliches.

* Köln, 22. April. Das Fest des Vinzenzvereins der Erzdiözese aus Anlaß des 100jährigen Geburtstages des Gründers des Vereins vom heil. Vinzenz von Paul wird in den Tagen vom 24. bis 27. April in Köln gefeiert. Rektor Heinen aus M.Gladbach hält in dieser Woche in der Pfarrkirche St. Maria in der Kupfergasse Konferenz-Vorträge über die Themen: Armut und Not im Lichte des Christentums; der apologetische Wert der christlichen Charitas; die Werke der Barmherzigkeit und ihre Bedeutung in der Gegenwart. Am Sonntag, den 27. April wird der Erzbischof in der Maria-Himmelfahrtskirche ein Pontifikalamt zelebrieren, das um 10 Uhr beginnt und in dem der Kirchenchor von Herz-Jesu mitwirken wird. Der Erzbischof empfängt dann in seinem Palais um ½1 Uhr den Vorstand des Vinzenzvereins. Um 3 Uhr findet im Weißen Saal der Bürgergesellschaft eine Diözesanversammlung der Abgesandten der Vinzenzvereine statt. Im großen Saale der Bürgergesellschaft wird um 5 Uhr die Generalversammlung der Vinzenzkonferenzen der Erzdiözese Köln beginnen, zu der der Erzbischof sein Erscheinen zugesagt hat. Die Begrüßungsansprache hält der Vorsitzende des östlichen Verwaltungsrates, Realgymnasialdirektor Pr. Kortz-Rippes; den Bericht über die Tätigkeit der Konferenzen in der Zeit vom 1. Dezember 1911 bis 1912 erstattet Dombaumeister Hertel; die Festrede wird Redakteur Dr. Hoeber halten.

* Köln, 24. April. Der hochwürdigste Hr. Erzbischof empfing gestern in besonderer Audienz die Diözesanverbandslaiterin der Missionsvereinigung katholischer Frauen und Jungfrauen, Frau Geheimrat Liertz aus Lindenthal und deren geistlichen Beirat, Hrn. Pfarrer Msgr. van Gils. Dieselben überreichten diejenige Quote von 2750 Mk. (ein Fünftel der gesamten Vereinsbeiträge aus der Erzdiözese Köln für 1912), welche nach den Satzungen der Vereinigung für die Zwecke der Diaspora an den Diözesanobern abzuliefern ist. Der hochwürdigste Herr nahm die Gabe mit Dank entgegen und bekundete seine hohe Wertschätzung und sein reges Interesse für das schöne und erfolgreiche Wirken der Vereinigung, das er mit seinem Segen stets begleiten werde.

Vom eucharistischen Kongreß.

⊙ Malta, 23. April. In der Kathedrale zu **Malta** wurde heute Morgen durch ein feierliches Hochamt der **eucharistische Kongreß** eröffnet. Der päpstliche Delegat **Kardinal Ferrata** warf in glänzender Rede einen **Rückblick** auf die an religiösen Denkwürdigkeiten reiche Geschichte der Insel. Abends fand in allen Kirchen feierlicher Gottesdienst statt, bei großem Andrang der Gläubigen. Das Wetter ist günstig.

Eigene Depeschen.

* Wetzlar, 23. April. Der Kaiser besichtigte auf der Rückfahrt von Gießen den hiesigen Dom und sprach sich sehr anerkennend über die Wiederherstellung des Bauwerks aus.

Zur Hochzeit der Kaisertochter.

Jt. Berlin, 23. April. Prinzessin Viktoria Luise und Prinz Ernst August werden sich allem Vernehmen nach am 24. Mai kurz nach der kirchlichen Trauung vom Stettiner Bahnhof nach Schloß Hubertusstock begeben. Auch das Kronprinzenpaar und das Prinzenpaar Eitel Friedrich verlebten ihre Flitterwochen in diesem Jagdschlosse.

* **Ein „Familienfest".** Die „Kölnische Zeitung" meldet, anscheinend halbamtlich beeinflußt, aus Berlin: Gegenüber den auswärtigen Pressemeldungen, bei der Hochzeit im deutschen Kaiserhause würden auch auswärtige Regierungen durch besondere Abordnungen vertreten sein, ist der Hinweis am Platze, daß die Feier den Charakter eines Familienfestes bewahren wird.

⚓ **Eine Ehrung für den Abg. Dr. Porsch,** der eben sein 60. Lebensjahr vollendet, veranstalteten die Fraktionen des Centrums im Reichs- und Landtage. Als Abschiedswort richtete der Gefeierte beim Schlusse des Landtags u. a. folgende Worte an die Versammelten:

Es ist nicht bloß eine Phrase, welche die Abschiedsstunde mir auf die Lippen legt, wenn ich sage, während dieser fünf Jahre sind wir in Frieden und Freundschaft an alle uns beschäftigende Fragen herangetreten, und wir haben die wesentlichen und insbesondere die grundsätzlichen, in erfreulicher Einmütigkeit gelöst. (Lebhafter Beifall.) Freilich, unsere Arbeit wächst von Jahr zu Jahr. Die Plenarsitzungen, welche fast ohne Unterbrechung sich folgen, haben an Zahl und Dauer in einer Weise zugenommen, die meines Erachtens so weiter nicht zu ertragen ist. Daneben sind auch die Kommissionssitzungen nicht weniger und kürzer geworden. Aber unsere Fraktionsgenossen haben, wie ich zu unserer Genugtuung feststellen darf, sowohl im Plenum, wie in der Kommission ihre volle Schuldigkeit getan in opfervoller Hingabe für das Vaterland und die Partei. (Erneuter lebhafter Beifall.)

Diese Arbeit hat auch in der abgelaufenen Zeit vor Angriffen, zum Teil schweren Angriffen, der verschiedensten Art uns nicht bewahrt. Die Angriffe haben uns die Arbeit nicht erleichtert, aber auch nicht verekelt, sie haben nur dazu beigetragen, uns immer noch fester aneinander und an die Fahne zu schmieden, welcher wir aus vollster Ueberzeugung folgen. (Beifall.)

Ermüdet von langer parlamentarischer Arbeit gehen wir jetzt unmittelbar in den Wahlkampf, der kurz aber bedeutungsvoll und vielfach nicht leicht sein wird. Unser Wahlaufruf wird in den nächsten Tagen erscheinen. Hoffentlich findet er verständnisvollen und tatkräftigen Widerhall im Lande zum Wohle unseres teuren Vaterlandes. Mit dankbarem Rückblick in die Vergangenheit, mit hoffnungsfreudigem Ausblick in die Zukunft rufen wir: Die Centrumspartei lebe hoch!

Den Abg. Porsch feierte in warmherzigen längeren Ausführungen der Abg. Herold.

Freie Eisenbahnfahrt für die Reichstags-Abgeordneten.

* **Berlin, 23. April. Dem Bundesrat ist nach Blättermeldungen ein Gesetzentwurf zugegangen, durch den den Mitgliedern des Reichstages freie Eisenbahnfahrt während der ganzen Legislaturperiode gewährt wird. Damit kommt die Reichsregierung einem wiederholt geäußerten dringenden Wunsche der Volksvertretung entgegen.**

Die Vorgänge bei der Zeppelinlandung in Luneville.

)(Berlin, 23. April. Wie wir zuverlässig erfahren, schweben wegen der Vorkommnisse bei der Landung des Zeppelinluftschiffes bei Luneville neuerdings Verhandlungen zwischen der deutschen und der französischen Regierung.

Letzte politische Nachrichten.

)(Brüssel, 23. April. Das sozialdemokratische Streikkomitee beschloß einstimmig, dem morgigen Parteitag die sofortige Einstellung des Streiks vorzuschlagen. Die Kammer ist heute nach Beruhigung der Gemüter auf der Linken endlich in die Erörterung der Militärvorlage eingetreten.

Vom Befinden des Papstes.

* **Rom, 23. April. Der Osservatore Romano meldet heute abend, daß Papst Pius X. an den beiden letzten Tagen einige Stunden aufgestanden sei. Die vollständige Wiedergenesung sei nunmehr eingetreten.**

Der Balkankrieg.

Oesterreich und Montenegro.

* Wien, 23. April. Ueber einen Anschlag auf den österreichisch-ungarischen Militär-Attachee Hauptmann Hubka wird von unterrichteter Seite mitgeteilt: Hauptmann Hubka fuhr mit dem Gesandtschaftsautomobil von Cetinje nach Cattaro, um dort Depeschen aufzugeben. Unweit des Dorfes Njegush war quer durch die steile Fahrstraße ein Graben ausgehoben worden, welcher durch Ueberdeckung mit Reisig fast unsichtbar gemacht worden war. Nur durch die Aufmerksamkeit und Vorsicht des Chauffeurs wurde ein Unglück verhindert. Da das Automobil nicht weiter fahren konnte, setzte Hubka den Weg nach Cattaro zu Fuß fort. An der Grenze wurde er von den Montenegrinern drei Stunden lang festgehalten und erst auf Befehl aus Cetinje freigelassen. Der Chauffeur, welcher mit dem leeren Automobil nach Cetinje zurückkehrte, wurde mit Steinen beworfen. Der österreichisch-ungarische Gesandte erhob in Cetinje ernste Vorstellungen wegen dieses Vorfalles.

* Prag, 23. April. Die Bohemia meldet: Die allslawischen Fahnen, welche anläßlich der Einnahme Skutaris durch die Montenegriner ausgehängt waren, wurden auf Anweisung der Polizei entfernt, ebenso wurden zahlreiche Sympathietelegramme an die montenegrinische Regierung von der Postverwaltung angehalten.

* Wien, 23. April. Nach einer Aeußerung von maßgebender Stelle kann der Fall Skutaris an der von den Mächten beschlossenen Zugehörigkeit zu Albanien nichts ändern. Zweifellos wäre aber die Durchführung des Beschlusses ohne die Einnahme Skutaris leichter gewesen. Indes wird der Beschluß jedenfalls durchgeführt.

Oesterreich wünscht ein Ultimatum.

(!) London, 23. April. Wie aus Wien gemeldet wird, hat der **Minister des Aeußern, Graf Berchtold, an die Mächte eine Note gerichtet,** in welcher sie aufgefordert werden, **ein Ultimatum an die montenegrinische Regierung** zu senden mit dem Befehl, daß die Truppen **innerhalb 48 Stunden Skutari zu räumen** hätten.

* **Wien, 23. April. Oesterreich-Ungarn hat bereits den Mächten konkrete Vorschläge unterbreitet zur sofortigen Ergreifung von Zwangsmaßregeln, die die Montenegriner zur Räumung von Skutari zwingen müßten. In erster Linie handelt es sich um die Besetzung von Antivari und Dulcigno nicht bloß durch Marine-, sondern auch durch Landtruppen. In hiesigen maßgebenden Kreisen ist man der Ansicht, daß Europa auf dem Beschluß, daß Skutari Albanien verbleibe, verharren und auch alle Maßnahmen ergreifen werde, um seinen Willen durchzusetzen. Sollte dies jedoch, was man hier nicht glaubt, nicht der Fall sein, so wird Oesterreich, gestützt auf die Beschlüsse Europas, selbst die notwendigen Vorkehrungen treffen.**

Böse Stimmung in Rußland.

* Petersburg, 23. April. Die Nachricht von dem Falle Skutaris ruft zum ersten Male eine wirklich tiefgehende Erregung in der Petersburger Gesellschaft hervor, anscheinend weit über die Kreise der Panslavisten hinaus. Die Redaktionen der Abendblätter die gegen 4 Uhr die Nachricht brachten, waren dicht umlagert. Die Panslawistenvereine veranstalteten um 6 Uhr in der Preobraschenski-Kirche einen Dankgottesdienst für alle Truppenteile des Gardekorps. Der Zudrang war ungeheuer. Die panslawistische Presse druckt neben die Siegesnachricht: „Hurra dem großen Russenvolke! Die Dipomatie hat ausgespielt." Aus dieser nationalistischen Aufregung rührt vermutlich auch das Gerücht her: Der Fall von Skutari bedeute den Sturz Sasonows. Doch auch besonnenere Kreise sagen, daß neue Verwicklungen unvermeidlich seien. Die Regierung ist in einer sehr schwierigen Lage.

Der Dankgottesdienst bildete den Ausgangspunkt einer panslawistischen Straßenkundgebung, an der zahlreiche Offiziere teilnahmen. Die zunächst kleine Menge durchzog, die Nationalhymne singend, die Straßen; unter starkem Zuauf aus dem begeisterten Pubikum schwoll sie im Nu auf mehrere Tausend an. Vor der serbischen Gesandtschaft wurden Hochrufe auf den König von Montenegro und das Slawentum ausgebracht. Nach etwa einer halben Stunde erschien berittene Polizei, die die Menge auseinandertrieb.

Nach dem Fall Skutaris.

‡ Wien, 23. April. Wie man von militärischer Seite erfährt, soll der **Kommandant von Skutari, Essed Pascha,** vor ein **Kriegsgericht** gestellt werden. Er wird beschuldigt, **während der Waffenruhe Ausfälle** gegen die Verbündeten von Skutari unternommen zu haben, bei denen diese große Verluste erlitten.

)(Belgrad, 23. April. König **Peter** sandte an König **Nikita** aus Anlaß der Eroberung von **Skutari** ein begeistertes Glückwunschtelegramm.

Mailand, 23. April. Nach einen Meldung unter dem 23. aus Antivari erhält sich dort mit Hartnäckigkeit das Gerücht, daß der **Kommandant von Skutari, Essad Pascha,** gestern den **Erzbischof von Skutari, Sereggi,** habe **hinrichten** lassen.

Auslieferung der Kriegsgefangenen.

⊙ Konstantinopel, 23. April. Eine Abmachung betreffend die Auslieferung türkischer **Kriegsgefangener,** ähnlich wie sie zwischen der **Türkei** und **Griechenland** besteht, ist gestern zwischen der **Türkei** und **Serbien** getroffen worden.

Zeppelins-Nachtfahrt.

□ **Köln,** 24. April. Das Luftschiff Z 4 ist in vergangener Nacht zu einer **Nachtfahrt** aufgestiegen. Das Schiff fuhr den **Rhein** entlang bis **Koblenz,** folgte dann der **Mosel** und erschien um 7 Uhr über **Trier.** Nach einer prächtigen Schleife zog das Luftschiff in der Richtung auf Köln wieder ab.

Militärischer Unfall.

)(Glogau, 23. April. Bei einer Sprengübung wurde Leutnant Kotterwe **getötet,** und der Oberleutnant der Reserve Müller-Kranfeldt (Stettin) sowie Landwehrleutnant Regierungsassessor Damet **schwer verwundet.** Außerdem wurden leicht verletzt ein Feldwebel und ein Pionier. Einzelheiten fehlen noch.

Letzte unpolitische Post.

.j. Cleve, 23. April. Hier wurden auf der Landstraße zwei Damen von einem fremden Arbeiter überfallen, schwer mißhandelt und ihrer Taschen nebst Inhalt beraubt. Dr Täter ist entkommen.

* Beuthen, 23. April. Heute morgen 6 Uhr wurde im Hof des Gerichtsgefängnisses der vierundfünfzigjährige Koksmeister Podkewa, der am 29. Juli in Falvahütte den Ruthenen Malywik in einen Koksofen warf, wo er völlig verkohlt gefunden wurde, durch den Scharfrichter Schwitz aus Breslau hingerichtet.

Wetter-Aussichten für den 25. April:
Zunahme der Bewölkung, Gewitterneigung.
Witterungs-Beobachtungen vom 23. April:
Höchste Tagestemperatur: 13 Grad über Null.
Tiefste Nachttemperatur: 5 Grad über Null.
Heute morgen 8 Uhr: 8 Grad über Null.
Das Barometer ist 4 Millimeter gesunken.

Amtliche Fruchtpreise zu Neuß vom 24. April.

			M.	Pf.
Neuer Weizen	100 Kilo	1. Qualität	21	80
" "	"	2. "	20	80
Neuer Roggen	100 Kilo	1. Qualität	18	40
" "	"	2. "	17	90
Neuer Hafer	100 Kilo	1. Qualität	18	—
" "	"	2. "	16	70
" "	"	3. "	13	70
Neue Wintergerste			16	50
Kartoffeln			2,50	—3,20
Heu 50 Kilo			3	—3.50
Luzernerheu 50 Kilo			4	—4.50
Krummstroh 500 Kilo		(neu)	13	—
Breitdruschstroh 500 Kilo			15	—
Preßdruschstroh 500 Kilo			13	—
Roggenrichtstroh 500 Kilo			18	—
Butter per Kilo			2	80
Hiesige Landeier per Stück			7—9	Pf.
Kleie 50 Kilo			6	20

Am heutigen Getreidemarkte blieben die Preise sämtlicher Fruchtgattungen unverändert.

Preisnotierungen der Neußer Oelmühlen.

Neuß, 24. April.

	M.	Pf
Rüböl 100 Kilo in Partien v. 100 Ctr. (ohne Faß)	67	—
Rüböl 100 Kilo faßweise (ohne Faß)	69	—

Rüböl und Kuchen unverändert

Damen- und Kinder-Hüte

schon jetzt zu enorm billigen Preisen ausgelegt.

Es ist uns gelungen, schon jetzt grosse Posten Hutformen und Zutaten ganz bedeutend unter dem reg. Wert zu kaufen. Wir verkaufen diese und grosse Mengen hieraus angefertigter eleg. Hüte zu enorm billigen Preisen.

Der grosse Verkauf beginnt Heute.

Hut-Formen

Serie I
Grosse u. kleine Hutformen
aus modernen Geflechten in vielen Farben — Stück **95** Pfg.

Serie II
Grosse u. kleine Hutformen
schike Fassons in vielen Geflechten enorm billig — Stück **1.75** Mk.

Serie III
Grosse u. kleine Hutformen
in dies. Serie befind. sich die letzt erschienenen Neuheiten — Stück **2.75** Mk.

Serie IV
Grosse u. kleine Hutformen
aus feinen Geflechten in den neuesten Modefarben — Stück **3.00** Mk.

Serie V
Grosse u. kleine Hutformen
hochfeine Tagel- und andere Geflechte, letzte Neuheit — Stück **4.50** Mk.

Garnierte Hüte

Serie I
Garnierte Damen-Hüte
mit reicher Blumen- oder Fantasie-Garnitur — **2.75** Mk.

Serie II
Garnierte Damen-Hüte
schik garniert mit Reiher-Imitation, Band und Blumen — **4.95** Mk.

Serie III
Garnierte Damen-Hüte
Letzte Neuheiten, sehr schik garniert, kleine u. grosse Fassons — **7.75** Mk.

Serie IV
Garnierte Damen-Hüte
in dieser Serie sind entzückend garnierte Hüte — **9.75** Mk.

Serie V
Garnierte Damen-Hüte
teils mit echten Straussfedern oder anderen Garnituren — **13.50** Mk.



Original Pariser Modell-Hüte

darunter die feinsten Federhüte,
35.00 Mk. — **45.00** Mk. — **65.00** Mk.

Hocheleg. Modell-Copien

mit Pleureusen und anderen teueren Garnituren
28.00 Mk. — **22.00** Mk. — **18.00** Mk.

Mädchen-Hüte

reizende, neue Garnituren, enorm billig,
2.25 Mk. — **1.75** Mk. — **95** Pfg.

Mädchen-Hüte

prachtvolle, chik garnierte Hüte,
7.50 Mk. — **5.50** Mk. — **4.00** Mk.

Hut-Blumen

kleine und grosse Piketts, in allen modernen Blüten,
95 Pfg. — **75** Pfg. — **40** Pfg.

Fantasie-Gestecke

reizende Neuheiten, zu sehr billigen Preisen,
4.50 Mk. — **2.75** Mk. — **1.95** Mk.

Pleureusen und Straussfedern

enorm billig, in allen Farben,
5.50 Mk. — **9.75** Mk. — **14.00** Mk. — **22.00** Mk. — **28.00** Mk.

Das Garnieren von Hüten übernehmen wir zu sehr billigen Preisen in geschmackvollster Ausführung.



Gebr. Alsberg

NEUSS.